

INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner
Katharina Toparkus

Mail
toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon
089 5116-1227

Datum
28.08.2024

Bayerische Wirtschaft warnt vor Aufteilung der deutschen Strompreiszone

BIHK, Wirtschaftsbeirat Bayern und IHKs in Süddeutschland appellieren an Bundesregierung

München – Die bayerische Wirtschaft spricht sich entschieden gegen eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszonen aus. In einem gemeinsamen Appell fordern der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) und der Wirtschaftsbeirat Bayern zusammen mit den IHKs aus Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie den Netzbetreibern Amprion und TransnetBW die Bundesregierung dazu auf, sich bei der EU nachdrücklich für den Erhalt der einheitlichen Strompreiszone in Deutschland einzusetzen.

„Eine Teilung der deutschen Strompreiszone würde für die bayerische Wirtschaft höhere Kosten bedeuten und die Standortbedingungen insbesondere für die Industrie verschlechtern. Das würde die deutsche Wirtschaft insgesamt schwächen“, sagt BIHK-Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl. „Das EU-Prüfverfahren zur Anpassung der Strompreiszonen ist methodisch ohnehin fragwürdig, da der laufende, massive Netzausbau in Deutschland nicht ausreichend berücksichtigt wird“, so Gößl.

Der Wirtschaftsbeirat Bayern teilt diese Kritik: „Die Aufteilungspläne sind für den Freistaat kontraproduktiv, werfen die Energiewende zurück und verunsichern die Energiewirtschaft und ihre Kunden. Investitionskalkulationen für Erneuerbare-Energien-Projekte wie Windkraftparks an der Nordsee müssten auf komplett neue Füße gestellt werden, wenn sie nicht mehr in der gleichen Strompreiszone angesiedelt sind wie die vorgesehenen Abnehmer im Süden. Auch der weitere Netzausbau wird auf mehr Widerstände stoßen, wenn Kritiker behaupten können, mit unterschiedlichen Strompreiszonen für Deutschland sei das Problem gelöst. Das ist aber keineswegs der Fall“, sagt Angelika Niebler, MdEP und Präsidentin des Wirtschaftsbeirats Bayern.

Der Grund für den drohenden EU-Eingriff sind strukturelle Engpässe in den deutschen Übertragungsnetzen. Diese würden laut Forderungspapier allerdings bis Ende 2027 stark zurückgehen und wären bis Ende 2028 sogar behoben.